



---

## BESCHLUSSVORLAGE

**Antragsteller/in**

**Drucksachen-Nr.: - AZ**

Stv. SPD	1302/09 - I/464
----------	-----------------

### **Beratungsfolge**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Magistrat	20.04.2009	
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	11.05.2009	
Stadtverordnetenversammlung	19.05.2009	

### **Betreff:**

#### **Sicherung von Arbeitsplätzen Resolution**

### **Text:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar nimmt mit großer Sorge und Betroffenheit zur Kenntnis, dass infolge der Wirtschaftskrise ein Arbeitsplatzabbau, beispielsweise bei Buderus Schmiedetechnik GmbH, droht.
2. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat in seinen Bemühungen, im Gespräch mit den Geschäftsleitungen und Betriebsräten der betroffenen Unternehmen darauf hinzuwirken, einen Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen am Standort Wetzlar zu verhindern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die betroffenen Unternehmen auf, die erweiterten arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten, insbesondere die Regelung zur Kurzarbeit und zur Weiterqualifizierung von Beschäftigten wie auch die Bildung von Aufnahm- und Transfergesellschaften, umfassend im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuschöpfen und zur Beschäftigungssicherung zu nutzen.

## Begründung:

Die zu der Böhler-Uddeholm Gruppe gehörenden Firmen Buderus Edelstahl GmbH, Buderus Band GmbH und Buderus Schmiedetechnik GmbH stellen mit ihren rund 1.500 Arbeitsplätzen nicht nur den größten Arbeitgeber in der Stadt Wetzlar dar. Diese Firmen repräsentieren zusammen genommen auch den größten Gewerbesteuerzahler der Stadt.

An der positiven Gewerbesteuerentwicklung der zurückliegenden Jahre waren diese Unternehmungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz maßgeblich beteiligt. Sie haben damit dazu beigetragen, dass viele städtische Investitionsvorhaben realisiert werden konnten.

Mit ihren Arbeitseinkommen haben die Beschäftigten der genannten Unternehmungen zur Nachfrage bei dem heimischen Handel, dem Handwerk aber auch den Dienstleistungsunternehmen beigetragen.

Die gesamtwirtschaftliche Lage führt nun dazu, dass sich die Nachfrage rückläufig entwickelt. Nachdem Zeitarbeitsverhältnisse beendet wurden, ist die Stammebelegschaft der genannten Betriebe inzwischen massiv betroffen.

Die Beschäftigten üben bereits seit unterschiedlichen Zeitpunkten Kurzarbeit aus. Trotz der mit dem Konjunkturpaket II des Bundes geschaffenen verbesserten Bedingungen zur Gewährung von Kurzarbeitergeld, aber auch zur Förderung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen, stehen inzwischen – wie sich beginnend mit der Firma Buderus Edelstahl Schmiedetechnik zeigt – Maßnahmen zum Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen an.

Wenn sich diese bei der Schmiedetechnik abzeichnende Entwicklung bei den übrigen Betrieben der Böhler-Uddeholm Gruppe am Standort Wetzlar fortsetzt, dann wird dies nachhaltige Auswirkungen auf Beschäftigten und ihre Familien, aber auch die Stadt Wetzlar und das Umland haben.

Diese Entwicklung kann und darf nicht sehenden Auges hingenommen werden. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten ist die Stadt Wetzlar gefordert, ihr entgegen zu treten.

Zu dem Paket möglicher Maßnahmen gehört zum einen die Resolution an die Geschäftsleitungen der betroffenen Unternehmen, aber auch an die Leitung der Unternehmensgruppe Böhler-Uddeholm, um sie aufzufordern, auf den Abbau von Arbeitsplätzen zu verzichten und die inzwischen mit dem Konjunkturprogramm II verbesserten arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien auszuschöpfen.

Ferner muss die Stadt aber auch selbst initiativ werden. Ein Runder Tisch mit allen Beteiligten kann dazu beitragen, weitere Möglichkeiten zur Absicherung der Arbeitsplätze zu erörtern und gezielte Maßnahmen voranzutreiben.

Dies muss – zunächst auch vorsorglich - Maßnahmen der Beschäftigungssicherung über Auffang- und ggf. auch kommunale Beschäftigungsgesellschaften einschließen. So ist u.a. zu erwägen, im Zusammenhang mit bevorstehenden Großprojekten, wie z. B. einem Hessentag in der Stadt Wetzlar, nach Möglichkeiten zu suchen, um im Rahmen der Vorbereitung auf dieses Ereignis Beschäftigungsmaßnahmen für die Menschen anzubieten, die in der hiesigen metallverarbeitenden Industrie aufgrund der konjunkturellen Lage, aber auch den darauf bezogenen unternehmenspolitischen Entscheidungen ihren Arbeitsplatz und damit ihre Perspektive verlieren.

Die Kommunen, die von der allenthalben diskutierten Opel-Krise betroffen sind, haben durch ihr Engagement deutlich gemacht, dass sie diese Situation nicht bedingungslos hinnehmen sondern hinter den Standorten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen.

Dieses Engagement sollte auch angesichts der sich abzeichnenden Situation Anlass für die Stadtverordnetenversammlung sein, entsprechende Initiativen zu ergreifen.